

Khol | Ofner | Karner | Halper

Österreichisches

**2011** | **Jahrbuch  
für Politik**

Eine Publikation der Politischen Akademie  
Böhlau Verlag Wien Köln Weimar

Redaktion: Dr. Bernhard Moser  
Redaktionssekretariat: Judith Feldmann Ursula Melamed-Heiner  
Anschrift: Tivoligasse 73 1120 Wien  
Tel : 01/81420-45 Fax: 01/81420-57  
E-Mail: bernhard.moser@polak.at

Eine Publikation der Politischen Akademie  
Die Drucklegung erfolgt mit freundlicher Unterstützung der  
Holding Graz

Umschlag: Rebecca Ruminak  
Satz: Böhlau Verlag Wien  
Typographie: Corporate S und Bembo  
Druck: Generaldruckerei Szeged

© Politische Akademie 2012  
Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-205-78785-3 Böhlau Verlag Ges.m.b.H. und Co. KG Wien · Köln · Weimar

FRITZ BREUSS

## **Eurokrise als Chance für die Europäische Union**

*Die Eurozone steckt in einer schweren Staatsschuldenkrise. Griechenland, Irland und Portugal stehen bereits unter dem „Euro-Rettungsschirm“. Die Krise hat die Eurozone völlig unvorbereitet getroffen; Kriseninstrumente mussten erst ad hoc geschaffen werden (EFSF, ESM). Im Jahr 2012 sollte eine „Fiskalunion“ eingerichtet werden. Damit wären wir für künftige Schuldenkrisen zwar besser gerüstet, hätten allerdings das grundlegende Problem des Auseinanderdriftens der Wettbewerbsfähigkeit zwischen Kerneuropa und der Peripherie noch nicht gelöst. Um den Zusammenhalt der jetzigen politisch gewünschten „großen Eurozone“ zu sichern, wird die EU zur „Transferunion“. Die Alternative wäre eine Verkleinerung der Eurozone auf Länder Kerneuropas. Die Eurokrise bietet aber auch – wie bei vergangenen Krisen – die Chance zur „Neugründung der EU“.*

### 1. Überlebt der Euro, überlebt die EU

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) der EU mit der Einheitswährung Euro ist das ehrgeizigste Integrationsprojekt in Europa nach Zollunion und Binnenmarkt. Ein Binnenmarkt funktioniert nur richtig, wenn alle Mitgliedstaaten mit gleichen Bedingungen daran teilnehmen. Dazu gehört auch der Wegfall der Wechselkursunsicherheiten. Das ehrgeizige Projekt ist allerdings stecken geblieben. Von den 27 EU-Mitgliedstaaten sind erst 17 Mitglieder der Eurozone. Der EU-Binnenmarkt ist daher integrationspolitisch in zwei Blöcke gespalten, in Länder mit dem Euro und solche, die nach wie vor den Binnenmarkt mit Abwertungen ihrer nationalen Währungen stören können. Und nach den krisenhaften Entwicklungen seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 ist kaum mit einer raschen Ausweitung der Eurozone zu rechnen. Im Gegenteil, es könnte sogar zu einer Redimensionierung, d. h. Verkleinerung kommen, wenn die Probleme Überschuldung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in den Peripheriestaaten nicht gelöst werden.

Ein Zerfall der Eurozone wäre auch ein arger Rückschlag für die Wahrnehmung Europas in der Welt. Der Euro ist das „Gesicht Europas“. Eine Rückkehr zum nationalstaatlichen Währungs-Wirrwarr in Europa würde Europa und damit die EU im weltweiten politischen und ökonomischen Machtspiel (Globalisierung) marginalisieren. Der EU-Binnenmarkt könnte dann auch nicht seine vollen Stärken ausspielen. Daher sind alle Anstrengungen zu begrüßen, die die Konstruktionsfehler der WWU, die die Krise 2009 gnadenlos offengelegt hat, beseitigen. Eine stärkere Europäisierung – nicht nur der Geldpolitik, sondern auch der Wirtschafts- und Fiskalpolitik (Fiskalunion) könnte dies bewirken. Die Eurokrise könnte so zu einer Chance für die EU werden, wenn es gelingt, durch eine Vertragsänderung eine Neugründung der EU zustande zu bringen.

Die leichtfertig als „Eurokrise“ bezeichnete Krise in der Eurozone ist eigentlich keine „Krise des Euro“, sondern eine Staatsschuldenkrise in einigen Peripheriestaaten der Eurozone. Offensichtlicher Beweis dafür ist, dass der Euro-Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar seit Ausbruch der Griechenland-Krise im Mai 2010 nicht „abgestürzt“ ist, sondern sich in einem Band zwischen 1,30 und 1,50 USD/Euro bewegt.

## 2. Der „Konstruktionsfehler“ der Eurozone

Die WWU der EU wurde fälschlich auf dem Grundsatz „*One market, one money*“ aufgebaut (dies ist der Titel einer umfangreichen Studie der Europäischen Kommission aus dem Jahr 1990). Normalerweise funktionieren Währungsunionen auf dem Grundsatz „*One country, one money*“. Es gibt in der Geschichte keine funktionierende Währungsunion mit einem Länderverbund. Ein schlechtes Omen für die WWU der Europäischen Union ist der berühmte Versuch mit der „*Lateinischen Münzunion*“ (von Dezember 1865 bis 1914 bzw. Dezember 1926), in der übrigens Griechenland auch Mitglied war und die scheiterte.

Mangels eines Staatsgebildes und eines Staatsvolkes ist die EU laut deutschem Bundesverfassungsgerichtshof bloß ein „Staatenverbund“. Daher gibt es auch in der Eurozone der 17 EU-Mitgliedstaaten nur eine asymmetrische wirtschaftspolitische Architektur im Gegensatz zur symmetrischen in den USA. In der WWU steht einer zentralen Geldpolitik eine dezentrale Wirtschaftspolitik (vor allem Fiskalpolitik) gegenüber. Die WWU besteht derzeit daher nur aus einem „W“, nur aus der Währungs-, aber noch nicht aus einer Wirtschaftsunion. Letztlich wäre für das reibungslose Funktionieren einer Währungsunion eine „Politische Union“ (die wegen des Vetos Großbritanniens 1998 nicht zustande kam) bis hin zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ notwendig.

## 3. Lehren aus der Krise

Seit 2009/10 durchlebt die WWU der EU ihre schwerste Krise. Nicht so sehr der Euro ist in Gefahr, sondern einzelne Staaten stehen wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und Überschuldung vor dem Bankrott. Die Krise in der Eurozone, ausgelöst durch die stark zunehmende Verschuldung in einigen Peripheriestaaten der Eurozone im Gefolge der Großen Rezession 2009 sowie das Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedstaaten, hat die Konstruktionsschwächen der WWU und deren wirtschaftspolitisches Design glasklar offengelegt. Der große Schock der Krise hat uns gelehrt, was es in der Economic Governance zu verbessern gilt, damit künftige Schocks besser bewältigt werden können und die Eurozone eine Überlebenschance hat.

Folgende Politikfelder weisen Unvollkommenheiten auf bzw. es mangelt ihnen an Instrumenten.

### **„Europäischer Konjunkturzyklus“**

Ein solcher hat sich – entgegen den Hoffnungen zu Beginn der WWU – nicht herausgebildet. Ein solcher wäre aber Voraussetzung für eine (gemeinsame) *einheitlich funktionierende Geldpolitik*, d. h. einen gleichen Zinssatz für alle Mitgliedstaaten der Eurozone. Der einheitliche nominale Zinssatz in der Eurozone transformierte sich wegen verschieden hoher Inflationsraten in den Mitgliedstaaten in unterschiedliche Realzinssätze und damit zu Fehlallokationen des Kapitals. In jenen Ländern (den Peripherieländern bzw. den PIIGS = Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien), die ihre zuvor hohen Zinssätze nach unten angleichen mussten, führte die Niedrigzinspolitik zu falschen Signalen für Investitionen und Konsum bei Privaten und dem Staat und damit zu Fehlallokationen und zur unnatürlichen Verschuldung.

Die unterschiedliche Anpassungsfähigkeit an die Gegebenheiten einer Einheitswährung (Verlust des Instruments der Abwertung der eigenen Währung) führte seit 1999 zu einem stetig anwachsenden Auseinanderdriften der *Wettbewerbsfähigkeit* (gemessen an den Lohnstückkosten relativ zum Durchschnitt der Eurozone bzw. realer Wechselkurs). Die Länder des ehemaligen Hartwährungs- bzw. DM-Blocks in Kerneuropa – insbesondere Deutschland und Österreich – gewannen an Wettbewerbsfähigkeit, während die PIIGS, die vor dem Start der WWU ihre Leistungsbilanzverschlechterungen immer durch Abwertungen korrigierten, an Wettbewerbsfähigkeit zunehmend einbüßten, weil sie nicht imstande waren, „intern abzuwerten“, d. h. ihre Lohnkosten an die Produktivitätsentwicklung anzupassen.

### **Zentrale Fiskalpolitik (Fiskalunion)**

Eine stärker auf EU-Ebene zentralisierte Fiskalpolitik wäre als Pendant zur zentralen Geldpolitik in der Eurozone wichtig. Bisher wurde eine „zentrale Fiskalpolitik“ nur emuliert bzw. simuliert über die Koordinationsversuche durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP). Dieser war unglaublich (nicht zuletzt, weil er ungestraft – siehe Deutschland und Frankreich zwischen 2003 und 2004; sowie Datenmanipulation in Griechenland – nicht beachtet wurde) und hat daher letztlich nicht funktioniert.

Zur besseren wirtschaftspolitischen Steuerung wurde am 13. Dezember 2011 ein Gesetzespaket mit sechs Rechtsakten (fünf Verordnungen und einer Richtlinie), das sogenannte „Sixpack“, in Kraft gesetzt. Drei Verordnungen und

eine Richtlinie reformieren den SWP (SWP-III), zwei Verordnungen befassen sich mit makroökonomischen Ungleichgewichten.

- *SWP-III*: Zusätzlich zu der im SWP-III verschärften Überwachung der *Haushaltspolitik* der Mitgliedstaaten der EU (bessere Ex-ante-Kontrollen; direkte Überwachung der Staatsschuldendynamik; Vorschriften für die statistische Gestaltung der Staatshaushalte; quasi-automatische Sanktionen) hat die Europäische Kommission am 23. November 2011 zwei neue Verordnungen zur strengeren Überwachung der nationalen Haushalte – insbesondere in Ländern, die unter dem Rettungsschirm stehen – vorgeschlagen
- So sehr diese auf dem Lissabon-Vertrag basierenden Initiativen (also Instrumenten nach der „Gemeinschaftsmethode“) zur besseren „Governance“ bzw. wirtschaftspolitischen Steuerung zu begrüßen sind, sind sie doch nur die (wenn auch verschärfte) Fortsetzung der bisherigen „Simulation“ einer zentralen Fiskalpolitik
- *VÜU*: Zusätzlich enthält das „Sixpack“ erstmals zwei Verordnungen, die sich explizit mit den bisher kaum beachteten *makroökonomischen Ungleichgewichten* befassen. Seit 1999 haben sich diese Ungleichgewichte (gemessen an den Lohnstückkosten relativ zum Eurozone-Durchschnitt) ständig vergrößert. Den großen Wettbewerbsgewinnern Deutschland und Österreich, standen als „Wettbewerbsverlierer“ die PIIGS gegenüber. Man kann aus dem Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit (bzw. der Nichtkonvergenz in Richtung eines „Europäischen Konjunkturzyklus“) auch ein Scheitern der endogenen „Optimum Currency Area“ (OCA)-Theorie sehen. Diese postulierte, dass sich nach Einführung des Euro durch Intensivierung des Intra-Eurozonen-Handels die Konjunkturzyklen angleichen würden.
- Die Kommission überwacht im Rahmen des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (VÜU) die Fehlentwicklungen der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Eurozone anhand eines Scoreboards von Indikatoren (z. B. Leistungsbilanzen, realen Wechselkursen bzw. relativen Lohnstückkosten etc.).
- Das VÜU ist eigentlich eine Kopie des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (VÜD) im Rahmen des SWP. Ob jemals Strafen gegen Län-

der mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen (wie etwa Deutschland und Österreich) verhängt werden, ist fraglich. Prinzipiell sollten Ungleichgewichte „symmetrisch“ behandelt werden. D. h. Leistungsbilanzen mit Überschüssen sind ebenso im Ungleichgewicht wie solche mit Defiziten. Um aber den Überschussländern entgegenzukommen, liegt laut Kommission ein Ungleichgewicht in der Leistungsbilanz erst vor, wenn sich der Saldo außerhalb der großen Spannweite von -4% bis +6% des BIP befindet. Damit müsste Deutschland (noch) keine Strafe zahlen.

### **Virtueller Anleihenmarkt**

Eine der großen Herausforderungen besteht jetzt darin, die Finanzmärkte zu beruhigen und die Ratingagenturen zu besänftigen sowie das Vertrauen in Staatsanleihen von Mitgliedstaaten der Eurozone wiederherzustellen. Letztlich geht es darum, die seit 2008 stark auseinanderlaufenden Zinss-Spreads (Spreizung der Zinssätze) für Staatsanleihen einzuebnen, damit sie wieder so gering werden wie in der „Schönwetterphase“ der Eurozone von 1999 bis 2007. In dieser Phase herrschte praktisch ein „virtueller“ Anleihemarkt in der Eurozone. Die Spreads für zehnjährige Staatsanleihen (Zinsaufschläge im Vergleich zu jenen für Deutschland) waren minimal oder nicht existent, weil die Geldgeber/Investoren entgegen der „No-bail-out“-Klausel (Art. 125 AEUV) glaubten, dass beim Auftreten von Problemen alle Mitgliedstaaten der Eurozone für die Staatsschulden gegenseitig haften würden. Zudem hat Basel-II (und auch Basel-III) Staatsanleihen als risikolos eingestuft, von welchem Staat sie auch immer stammen. In der Tatsache, dass die EU und damit auch die Eurozone keine Staatlichkeit (wie die USA) besitzen, liegt der „Konstruktionsfehler“ der Eurozone. Ihre Mitgliedstaaten begeben Staatsanleihen (für die sie alleine haften sollten) eigentlich in einer „fremden“ Währung, dem Euro (die die EZB ausgibt). Dieser Widerspruch erklärt derzeit die Skepsis internationaler Kapitalgeber gegenüber Anleihen instabiler Mitgliedstaaten der Eurozone.

### **Krisenfonds**

In „Schönwetterzeiten“ hat die „No-bail-out“-Klausel ihren Zweck erfüllt. In großen Krisen (Staatsschuldenschock im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2009) standen die EU und die Eurozone aber plötzlich ohne Kriseninstrument da. Nach der Griechenland-Krise mussten – auch mithilfe



chland und  
Ungleich-  
bilanzen mit  
e mit Defi-  
n, liegt laut  
t vor, wenn  
is +6% des  
zahlen

zmärkte zu  
ertrauen in  
n Letztlich  
eads (Sprei-  
er so gering  
is 2007. In  
der Euro-  
n Vergleich  
lie Geldge-  
JV) glaub-  
rozone für  
(und auch  
at sie auch  
e Eurozone  
fehler“ der  
alleine haf-  
ie die EZB  
ler Kapital-

reck erfüllt.  
inanz- und  
tzlich ohne  
ch mithilfe

des IMF, der über solche Instrumente für Entwicklungsländer (!) längst verfügte – ad hoc „Rettungsschirme“ aufgespannt werden, die in den EFSF und letztlich in den ESM mündeten. Drei Länder (Griechenland, Irland und Portugal) befinden sich in irgendeiner Form unter dem „Euro-Rettungsschirm“ (Griechenland vorerst über bilaterale Kredite der Partner in der Eurozone; die beiden anderen Länder beziehen Mittel aus dem EFSF, der EU und dem IMF).

#### 4. Was wären saubere Lösungen?

Zwei Jahre Rettungsversuche haben die Eurokrise kaum gemildert, die Finanzmärkte nicht beruhigt und die Staatsschuldenkrise nicht gelöst. Langsam stellt sich die Frage, wie lange wir noch durch ein bloßes „muddling through“ saubere Lösungen der Krise hinauszögern können. Die Schuldenkrise in der Eurozone, ausgehend vom Griechenland-Schock im Mai 2010, hat ein Problem der unterschiedlichen Geschwindigkeiten offenbart. Die Finanzmärkte waren immer schneller und haben die Politik vor sich hergetrieben. Zum einen gab es keine Kriseninstrumente auf Basis der „Gemeinschaftsmethode“, daher musste ad hoc auf Ebene der Staats- und Regierungschefs auf immer neuen Krisengipfeln „intergouvernemental“ entschieden werden. Die Lösungen waren ad hoc („Rettungsschirme“), weil keine Instrumente vorlagen bzw. sie stark durch Bestimmungen des Lissabon-Vertrages beschränkt waren. Die Krise hat gezeigt, dass der erst am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Lissabon-Vertrag in vielen Bereichen, in denen er die WWU regelt, bereits obsolet ist. Eine Reform des Vertrags – bis hin zur „Neugründung der EU“ – ist daher dringend angebracht, um saubere Lösungen für ein reibungsloses Funktionieren der WWU (auch in Krisenzeiten) zu ermöglichen. Erst mit diesen „sauberen Lösungen“ würde sich die EU dem Ideal „One country, one money“ annähern können.

Folgende rechtliche Hürden müssen abgebaut bzw. im Zuge einer Neugründung der EU vertraglich geändert werden, damit die WWU funktionieren kann.

#### Fiskalunion

Die von den Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel am 9. Dezember 2011 – auf Vorschlag von Merkel/Sarkozy – initiierte Gründung einer „fiskal-

politischen Stabilitätsunion“ (*Fiskalunion*) wird wegen des Vetos Großbritanniens nur in einem zwischenstaatlichen neuen „fiskalpolitischen Pakt“ verankert. Verschärfte Budgetkontrollen, stärkere Eingriffe in nationales Haushaltsrecht, Schuldenbremsen in den nationalen Verfassungen und „automatische“ Sanktionen sollten eine stärkere Zentralisierung der Fiskalpolitik als bisher bewirken. Allerdings läuft diese „Zentralisierung“ quasi „freiwillig“ außerhalb der EU-Verträge ab und entspricht daher wieder nicht der Gemeinschaftsmethode.

In diesen Vorschlägen von „Merkozy“ ist aber (leider) nicht auch ein System des „Fiscal Federalism“, wie es in den USA und in Kanada üblich ist, vorgesehen. Damit könnten aber konjunkturelle Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten der Eurozone fiskalisch gedämpft werden. Allerdings könnte man einen solchen Mechanismus nur durch eine Vertragsänderung durchsetzen.

Dennoch ist die beabsichtigte „Fiskalunion“ ein Schritt in die richtige Richtung, um die Asymmetrie des wirtschaftspolitischen Designs allmählich symmetrischer zu machen und jenem der USA anzugleichen. Damit schaffen wir es langsam, dem zweiten „W“ (Währungsunion) auch das erste „W“ (Wirtschaftsunion) hinzuzufügen, um eine echte WWU zu werden.

### **Die EZB erhält eine erweiterte Kompetenz als „Lender of last Resort“ (LLR)**

Das würde eine Änderung des Art. 123 AEUV erfordern. Einstweilen darf die EZB Staatsanleihen nur indirekt auf dem Sekundärmarkt zur Stabilisierung der Finanzmärkte aufkaufen. Sie sollte dies allerdings bereits jetzt „glaubwürdiger“ als bisher tun, um den Märkten zu signalisieren, dass sie den Anleihemarkt jederzeit stabilisieren könnte. Sie erfüllt damit allerdings nur die Funktion des LLR für Banken. Allerdings ist die EZB derzeit die einzige voll funktionsfähige Institution, die rasch auf Krisenfälle wie z. B. die Bankenkrise in Europa mit unkonventionellen Maßnahmen – wie im Dezember mit der Gewährung fast unbegrenzter Liquidität für Banken auf drei Jahre (längerfristige Refinanzierungsoperationen) – reagieren kann.

Die Krise, begonnen in der Peripherie (Griechenland, Irland, Portugal), frisst sich immer weiter zum Kern vor. Damit beschleunigt sich die Kapitalflucht, auch in Frankreich und Italien. Der Ausgleich dieses Kapitalabflusses durch die nationalen Notenpressen muss in geregelte Bahnen à la Fed-System

Großbritannien  
 „verankert  
 ushaltsrecht,  
 he“ Sankti-  
 er bewirken.  
 lb der EU-  
 ethoden.  
 ht auch ein  
 nada üblich  
 ichte zwi-  
 n. Allerdings  
 gsänderung

die richtige  
 s allmählich  
 damit schaf-  
 s erste „W“  
 1

### if last

ilen darf die  
 isierung der  
 bwürdiger“  
 nleihemarkt  
 unktion des  
 ktionsfähige  
 Europa mit  
 vährung fast  
 Refinanzie-

d, Portugal),  
 die Kapital-  
 igitalabflusses  
 Fed-System

in den USA geregelt werden (Hans-Werner Sinn). In den USA müssen die regionalen Zentralbanken der Fed die Sondergeldschöpfung mit goldbesicherten Wertpapieren bezahlen. Ein solcher amerikanischer Weg könnte auch im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) eingerichtet werden.

### Einheitlicher Anleihenmarkt

Erst wenn es gelingt, das Vertrauen der Finanzmärkte in Staatsanleihen von Mitgliedstaaten der Eurozone wiederherzustellen, wird die derzeit starke Spreizung der Zinssätze (Renditen) für Staatsanleihen wieder kleiner werden. Vielleicht wieder so gering wie in der „Schönwetterphase“ der Eurozone, 1999-2007.

- *Euro-Bonds*: Ein Instrument dafür könnten „Euro-Bonds“ sein, in welcher Variante auch immer. Derzeit wäre dafür – weil es um gegenseitige Haftungen zwischen den Mitgliedstaaten der Eurozone geht – eine Änderung der „No-bail-out“-Klausel (Art 125 AEUV) notwendig. Sie sind in der derzeitigen Konstellation der Eurozone auch politisch nicht durchsetzbar, weil sie unfair gegenüber den stabilen Ländern wären. Die Triple-A-Länder mit derzeit niedrigen Zinssätzen müssten, weil die überschuldeten Problemländer den Durchschnitt hinauftrieben, höhere Zinsen zahlen. Im Fall Deutschlands lägen die Zinssätze für Euro-Bonds um zwei bis drei Prozentpunkte über deutschen Staatsanleihen, was 40-60 Mrd. Euro Mehrkosten für das Budget bedeuten würde. Logisch wären Euro-Bonds eigentlich nur in Kombination mit einer „Fiskalunion“ oder einem „Europäischen Finanzminister“, d. h. wenn diese Bonds von einer EU-Institution und nicht – wie derzeit – von den Mitgliedstaaten herausgegeben und garantiert würden. Die Rettungsschirme „EFSF/ESM“ sind eigentlich nur Notlösungen.
- *EMF*: Man könnte sich vorstellen, dass der permanente ESM in ferner Zukunft einmal in einen „Europäischen Währungsfonds“ (EMF) umgewandelt wird. Dies wäre auch nicht ohne Änderung des Lissabon-Vertrags möglich, weil es um die gegenseitige Haftung von Mitgliedstaaten (derzeit ein Verstoß gegen die „No-bail-out“-Klausel) geht und weil nicht nur die Mitgliedstaaten der Eurozone beteiligt werden müssten, sondern alle 27 Mitgliedstaaten der EU.

### **Redimensionierung der Eurozone**

Ich wünsche mir einen Art. 50a AEUV, der einen vorübergehenden Austritt eines Mitgliedstaates aus der Eurozone zur „Gesundung“ ermöglicht. Bisher ist nur ein Austritt aus der EU und damit auch aus der Eurozone nach Art. 5 AEUV möglich. Allerdings würde dies auch eine Vertragsänderung notwendig machen. Man könnte allerdings mit dem Art. 50a eine Redimensionierung der Eurozone nach den Kriterien der optimalen Währungsräume (OCA-Theorie) ermöglichen. Weil dies derzeit vertraglich ausgeschlossen ist und auch politisch nicht erwünscht ist, müssen wir die politisch gewünschte „große“ WWU mit 17 Mitgliedern durch Einstieg in eine „Transferunion“ (EFSF/ESM) künstlich am Leben erhalten. Aus ökonomischen Gründen wäre, das hat die Krise in der Eurozone gezeigt, eine „kleine“ WWU optimal und auch in Krisenzeiten überlebensfähig. Es wäre eine starkes, wettbewerbsfähiges, aus homogenen Volkswirtschaften bestehendes „Kerneuropa“. Interessanterweise handelt es sich bei diesem „Kerneuropa“ auch um jene (sechs) Mitgliedstaaten der Eurozone, die (noch) ein Triple-A bzw. AA+ aufweisen.

Auch mit der Transferunion wird der Euro überleben, allerdings wesentlich kostspieliger und ineffizienter als mit einer Rückbesinnung auf ein Kerneuropa.

### **Lissabon-Vertrag „ausreizen“**

Man könnte – bevor es zu langwierigen EU-Vertragsänderungen kommt, die nicht leicht und rasch durchzusetzen sind (siehe letztes Veto Großbritanniens) – den bestehenden Lissabon-Vertrag „ausreizen“. Das tut die Europäische Kommission mit Verordnungen im Rahmen des „Sixpack“. Man könnte sich auch „Krisenlösungen“ à la Schengen vorstellen, d. h. mit dem Instrument der „verstärkten Zusammenarbeit“ (Art. 326 ff. AEUV).

### **5. Politische Kollateralschäden der Schuldenkrise**

Die EU und besonders die Eurozone schlitterten im Zuge der „Eurokrise“ auch in eine Demokratie-Krise. Zum einen werden im Zuge des Krisenmanagements auf EU-Ebene Europäisches Parlament und Kommission durch die Dominanz der Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat) marginalisiert,

zum anderen zerschlagen viele Regierungen der Mitgliedstaaten der Eurozone an der Last der Schuldenstabilisierung.

### Spaltung der EU und der Eurozone

Es droht – was wir in Ansätzen ohnehin schon haben (Schengen, WWU) – ein „Two-speed Europe or two Europes“ (wie *The Economist* kürzlich titelte). Bestes Beispiel war der letzte Gipfel des Europäischen Rates vom 8.-9. Dezember 2011, als es nicht gelang, Reformen des EU-Vertrages wegen des Vetos Großbritanniens durchzubringen. Als Notlösung wird jetzt die „Fiskalunion“ mit einem „fiskalpolitischen Pakt“ als zwischenstaatlicher Vertrag angepackt. Es gibt aber mehrere politische Bruchlinien:

- *Eurozone versus Non-Eurozone*: Die Eurozone entwickelt sich institutionell weiter, die Länder der Nicht-Eurozone bleiben zurück. Letztere helfen auch nicht bei den laufenden „Rettungsaktionen“ für Griechenland, Irland und Portugal
- *„Merkozy“ versus Rest-Eurozone*: Innerhalb der Eurozone gibt es noch die Spaltung zwischen „Merkozy“, also zwischen Deutschland und Frankreich, die jeweils mit Reformvorschlägen voranzuschreiten, und dem Rest der – vorwiegend – Kleinstaaten. Letztere können in der Euro-Gruppe bzw. im Europäischen Rat nur abnicken, was „Merkozy“ an Änderungen vorschlagen.

### Unterschiedliche Geschwindigkeiten

Die Krise offenbart die unterschiedlichen „Geschwindigkeiten“ beim Auftreten von meist die Finanzmärkte betreffenden Problemen und die politischen Lösungen auf EU- und Nationalstaatsebene: Die Finanzmärkte (sind schnell) treiben die Politik (sind langsam, weil diese auf demokratische Prozesse – Parlament etc. – Rücksicht nehmen muss) vor sich her.

Daher ist im Falle der Krisenlösung die schnellere Methode des „*Inter-gouvernementalismus*“ gefragt und hat Vorrang vor der „Gemeinschaftsmethode“, die in Normalzeiten wieder in den Vordergrund rückt (siehe „EFSF/ESM“, „Euro-Plus-Pakt“, „fiskalpolitischer Pakt“ etc.)

### **Politische Umsetzungswahrscheinlichkeit**

Im Zuge der Eurokrise hat sich die allgemeine EU- und Euro-Skepsis in vielen EU-Mitgliedstaaten vergrößert. Daher stellt sich die Frage, ob die Bevölkerung derzeit bereit ist, größere Änderungen in den EU-Verträgen zu akzeptieren. In Finnland hat die Partei der „Wahren Finnen“ bei Parlamentswahlen im April 2011 17% der Stimmen erzielt, nach nur 4% 2007. In Österreich schürt die FPÖ (Strache) Ängste gegen Euro-Rettungsmaßnahmen mit dem Slogan „Unser Geld für unsere Leut“.

### **Krise der Demokratie und des Wohlfahrtsstaates in Europa**

Im Zuge der „Eurokrise“ wurden seit Anfang 2010 die Regierungen bzw. Premierminister in mindestens fünf Eurozonen-Mitgliedstaaten abgelöst bzw. ersetzt: Estland, Griechenland, Irland, Italien, Slowakei. In Griechenland und Italien sahen sich Berufspolitiker zudem angesichts der Herausforderungen durch die Schuldenkrise überfordert und wurden durch „Expertenregierungen“ (Ökonomen) ersetzt, die vorübergehend die Staatshaushalte sanieren und die Wirtschaft ankurbeln sollten, bis es wieder eine vom Volk gewählte Regierung geben wird.

Im Rahmen der Sanierung der Budgets stehen auch zunehmend die Ausgaben für den Sozialstaat im Visier. Das in Europa allgemein großzügig ausgestattete „Sozialmodell“ steht zur Disposition. Allerdings gibt es in Europa mindestens vier Sozialmodelle (nordisches, kontinentales, angelsächsisches, mediterranes).

### **6. Schlussfolgerungen – Die EU und Eurozone in zehn Jahren**

Wenn es 2012 gelingt, die im Dezember-Gipfel 2011 initiierte „Fiskalunion“, verbunden mit einer stärkeren Kontrolle der nationalen Haushaltspolitiken (eventuell durch Installation eines „Europäischen Finanzministers“) zu schaffen, wären wir für künftige Schuldenkrisen besser gewappnet. Die Eurozone „neu“ mit sehr wahrscheinlich mehr als 17 Mitgliedern könnte sich in zehn Jahren zu einer „wahren WWU“ (auch mit dem ersten „W“ – Wirtschaftsunion) entwickelt haben. Man hätte dann auch geeignete Kriseninstrumente: Euro-Bonds, einen Europäischen Währungsfonds als Nachfolger des ESM, Insolvenzregeln für Staaten und ein stärkeres Engagement der EZB bzw. eine Anlehnung an die

ephis in vielen  
: Bevölkerung  
u akzeptieren.  
zahlen im Ap-  
erreich schürt  
it dem Slogan

**opa**  
erungen bzw.  
abgelöst bzw.  
chenland und  
isforderungen  
rtenregierun-  
: sanieren und  
wählte Regie-

nehmend die  
ein großzügig  
t es in Europa  
chsisches, me-

**ren**  
,Fiskalunion“,  
haltspolitiken  
“) zu schaffen,  
rozone „neu“  
ehn Jahren zu  
union) entwi-  
: Euro-Bonds,  
solvenzregeln  
ehnung an die

Praxis des Fed-Systems in den USA: Kurz- und langfristige Zinsen spiegeln die Bonität der Länder wider; die Finanzmärkte fungieren als echtes Korrektiv für Überschuldung und Fehlallokation des Kapitals. Wenn sich dann noch die Erkenntnis in den wettbewerbsschwachen Peripheriestaaten durchsetzt, dass eine Anpassung an die Gegebenheiten einer Einheitswährung (interne Abwertungen) mental und politisch unumgänglich ist, wird es auch sinnvoll sein, wenn die EU mit ihrem Wachstumsprogramm „Europa 2020“ gezielt gegen deren Wachstumsschwächen vorgehen würde. Dann, ja dann ist man als begeisterter Europäer voller Hoffnung, dass wir es dennoch schaffen, mit dem Euro das „Gesicht Europas“ in der Welt als annähernde Einheit zu präsentieren